

Antrag A8

Antragssteller*innen: LAG Palästinasolidarität, LAG Migrantische Linke /
LINKS*KANAX

Der Landesparteitag möge beschließen:

Gemeinsame Beschlusslage als Grundlage für Koalitionsverhandlungen und Fraktionsarbeit

Der Landesparteitag bekräftigt, dass die politischen Positionen der Linken durch ihre Mitglieder und demokratisch legitimierten Gremien bestimmt und entsprechend auch in den Koalitionsverhandlungen eingebracht werden. Die Gesamtheit der demokratisch gefassten Parteibeschlüsse bildet die gemeinsame politische Grundlage aller Mandatsträger*innen und die Grundlage für die Koalitionsverhandlungen.

Der Landesparteitag bekräftigt, dass die geltende Definition unserer Partei zur Bekämpfung von Antisemitismus die Jerusalemer Erklärung gegen Antisemitismus (JDA) ist (<https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/chemnitzer-parteitag/beschluesse-und-resolutionen/detail/news/antisemitismus-repression-und-zensur-bekaempfen-jerusalem-erklaerung-umsetzen-tragfaehiges-fundament-schaffen/>) und entsprechend auch Einzug in die Koalitionsverhandlungen finden muss. Zudem bekräftigt der Landesparteitag den Beschluss des Potsdamer Parteitags, in dem sich Die Linke der Einschätzung zahlreicher internationaler Organisationen, Menschenrechtsorganisationen und Völkerrechtler*innen anschließt, die von einem Völkermord an den Palästinenser*innen in Gaza sprechen (<https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/potsdamer-parteitag/potsdamer-parteitag/beschluesse/detail/news/fuer-gleiche-rechte-im-nahen-osten-westasien-gegen-jeden-rassismus-und-antisemitismus-1/>). Der Landesparteitag bekräftigt zudem den Beschluss „Wir lassen uns nicht spalten – niemals alleine, immer gemeinsam!“, der eine offene, solidarische und sachliche Debattenkultur zu Palästina und Israel einfordert, in der unterschiedliche politische Positionen ohne Angst vor Ausgrenzung oder parteiinternen Konsequenzen diskutiert werden können.

Der Landesparteitag begrüßt die Konstituierung der neuen Linksfraktion mit allen gewählten Abgeordneten der Partei. Ihre Zusammensetzung trägt dem Wähler*innenwillen und der politischen Vielfalt unserer Partei Rechnung. Die Fraktion ist gefordert, auf Grundlage der demokratisch gefassten Parteitagsbeschlüsse solidarisch und handlungsfähig zusammenzuarbeiten.

Der Landesparteitag bekräftigt, dass die politische Eigenständigkeit der Linken zu wahren ist. Die demokratisch gefassten Beschlüsse der Bundes- und Landesparteitage sind für das politische Handeln und die öffentliche Kommunikation der Fraktion verbindlich. Dies gilt ausdrücklich auch unter äußerem politischen Druck.

Begründung: Der Landesparteitag begrüßt, dass sich die neue Linksfraktion erneut auf die Mandatsträgervereinbarung berufen hat. Auch wenn dies selbstverständlich ist, kann eine erneute Erinnerung den neuen wie den erfahrenen Abgeordneten dabei helfen, einen gemeinsamen politischen Kompass zu entwickeln, der die innerparteiliche Demokratie schützt, gemeinsam getroffene Parteitagsbeschlüsse umsetzt und Die Linke als glaubwürdige sozialistische Kraft etabliert, die Politik wirklich anders macht. Dass SPD und Grüne die Hetzkampagne der Springer-Presse sowie anderer großer Medienkonzerne und mit ihnen verbundener politischer Kräfte ausgenutzt haben, um

die Sondierungsgespräche mit der Berliner Linken zu unterbrechen und ein klares Bekenntnis der Partei gegen Antisemitismus sowie zum Existenzrecht Israels einzufordern, ist ein Skandal. Denn Die Linke ist keine antisemitische Partei und die Beschlusslage der Partei ist dazu eindeutig. Das haben SPD und Grüne sowie die mit ihnen im Verbund stehenden Medien ignoriert.

Die „Gemeinsame Erklärung der neuen Linksfraktion zur Konstituierung am 13.10.2026“ hat vor diesem Hintergrund Zugeständnisse an SPD und Grüne gemacht, die aus unserer Sicht nicht notwendig waren und Fragen zum Umgang mit der Mandatsträgervereinbarung und den demokratisch gefassten Parteitagebschlüssen aufwerfen. In der Mandatsträgervereinbarung heißt es:

„Alle Bewerberinnen verpflichten sich, die Programmatik der Partei sowie Wahlprogramm und Wahlstrategie auf Landes- respektive Bezirksebene aktiv zu vertreten. Alle Bewerberinnen erkennen das politische Primat der Partei an und sichern zu, ihr politisches Handeln, insbesondere im Abgeordnetenhaus und in den Bezirksverordnetenversammlungen, an den demokratisch gefassten Beschlüssen der Partei (u.a. Mitgliederentscheide, Landesparteitags- und Landesvorstandsbeschlüsse) auszurichten.“

Das politische Primat der Partei ist auch Ausdruck unserer innerparteilichen Demokratie. Die Satzungen auf Bundes- und Landesebene verankern demokratische Verfahren zur Bestimmung unserer politischen Ausrichtung. Die Fraktion hat eine wichtige eigenständige Rolle in der parlamentarischen Arbeit, sie ersetzt aber nicht die demokratische Willensbildung der Partei. Die Mandatsträgervereinbarung verpflichtet die Abgeordneten, ihr politisches Handeln an den demokratisch gefassten Beschlüssen der Partei auszurichten.

Der politische Druck auf Die Linke und ihre Fraktion war erheblich. Dass die Fraktionsführung darauf reagieren wollte, ist nachvollziehbar. Umso wichtiger ist es, die politische Reaktion eng an die demokratische Beschlusslage der Partei und die in der Mandatsträgervereinbarung vorgesehene Rückkopplung zu binden.

Das Problem besteht nicht darin, dass die Fraktion auf Parteitagebschlüsse verweist, diese sind selbstverständlich verbindlich. Problematisch ist vielmehr, wenn einzelne Beschlüsse und Positionen durch ihre besondere Hervorhebung den Eindruck erhalten, sie hätten eine höhere Verbindlichkeit als andere. Unsere Beschlusslage gilt in ihrer Gesamtheit und muss auch in der politischen Kommunikation berücksichtigt werden. Die demokratische Willensbildung unserer Partei darf nicht durch den Druck anderer Parteien oder Medien ersetzt werden.

Dazu gehören insbesondere die Parteitagebschlüsse zur Jerusalem Erklärung sowie der Beschluss, die israelischen Verbrechen in Gaza als Genozid zu bezeichnen. Ebenso gehört dazu der Beschluss des Berliner Landesvorstands vom 29. Mai 2026 „Wir lassen uns nicht spalten – niemals alleine, immer gemeinsam!“, der sich für eine offene, solidarische und sachliche Debattenkultur ausspricht und auch antizionistischen Positionen einen legitimen Platz in der politischen Debatte innerhalb der Linken einräumt, sofern diese nicht in antisemitische Denkmuster umschlagen. Gerade angesichts des politischen und medialen Drucks ist es wichtig, diesen Debattenraum zu schützen und sicherzustellen, dass unterschiedliche politische Positionen ohne Angst vor Ausgrenzung oder parteiinternen Konsequenzen vertreten und diskutiert werden können. Politische Differenzen müssen durch solidarische Auseinandersetzung und demokratische Willensbildung bearbeitet werden, nicht durch die Einschränkung innerparteilicher Debatten.

Die Konstituierung der Fraktion mit allen gewählten Abgeordneten der Partei ist ein wichtiges Zeichen gemeinsamer politischer Arbeit und der Anerkennung des Wähler*innenwillens. Diese Gemeinsamkeit muss erhalten bleiben. Politische Differenzen über die Auslegung und Umsetzung unserer Beschlüsse müssen auf

98 Grundlage der gemeinsamen Beschlusslage ausgetragen werden. Sie dürfen nicht zum
99 Anlass genommen werden, den Verbleib einzelner gewählter Abgeordneter in der
100 Fraktion infrage zu stellen.
101 Gerade in möglichen Koalitionsverhandlungen muss Die Linke ihre politische
102 Eigenständigkeit bewahren. Die demokratisch gefassten Beschlüsse unserer Partei
103 dürfen nicht durch äußeren Druck relativiert oder selektiv ausgelegt werden. Eine
104 starke, solidarische und handlungsfähige Linksfraktion braucht eine gemeinsame
105 politische Grundlage, die von der gesamten Partei demokratisch bestimmt wird, die
106 Vielfalt ihrer Positionen respektiert und auch unter schwierigen politischen
107 Bedingungen Bestand hat.